



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

04.02.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 3. Februar

Presseerklärung

1. Überbauung Hauptbahnhof

In der letzten Ratssitzung stellte Planungsdezernent Ulrich Sierau fest, dass die „fristgerecht eingereichten Unterlagen“ des Investors Sonae beim Eisenbahnbundesamt „noch etwas überarbeitet werden müssten“. Das liege aber noch im zeitlichen Rahmen. Die Nachfrage beim Eisenbahnbundesamt lässt das Verfahren in einem gänzlich anderem Licht erscheinen. Die öffentlich zitierte Aussage des zuständigen EBA-Sprechers lautet, dass es noch keinen Antrag auf Planfeststellung gibt und keine Unterlagen vorliegen, die prüffähig sind. Das passt zu den Äusserungen von Stadtrat Fehlemann, der den Förderantrag für die Stadtbahnanlagen nicht einreichen konnte, weil statische Berechnungen für die Stützpfiler fehlten. Sowohl fehlende Statikunterlagen als auch das offensichtlich unvollständige Brandschutzkonzept lassen sich kaum als Kleinigkeiten definieren.

In der Juli-Ratssitzung des letzten Jahres wurde der Entwurf der Neufassung des Städtebaulichen Vertrages zwischen Stadt und Sonae durch einen gemeinsamen Antrag von CDU und B90/DIE GRÜNEN modifiziert, um einerseits den Druck auf Sonae zu erhöhen und andererseits der Realisierung alternativer Konzepte eine Chance zu geben.

Im ursprünglichen Entwurf hiess es unter anderem, dass die Stadt Dortmund von dem Vertrag zurücktreten könne, wenn nicht bis zum Tag X der Nachweis über die förmliche Einleitung (Vorlage der vollständigen prüffähigen Unterlagen beim Eisenbahnbundesamt) des eisenbahnrechtlichen Verfahrens erbracht worden sei.

Der Antrag von CDU und GRÜNEN legte als Termin den 30. September 2002 fest. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die mit dem Genehmigungsvermerk der Deutschen Bahn AG versehenen vollständigen und prüffähigen Unterlagen zur Durchführung des Verfahrens eingereicht sein.

Der entscheidende und mehrheitlich verabschiedete Zusatz lautete: Sollte die genannt Frist nicht eingehalten werden, fordert der Rat der Stadt Dortmund die Bahn AG auf, ihre



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Bereitschaft zur Realisierung eines Bahnhofsneubaus bis 2006 zu bestätigen und vorhandene Planungen vorzulegen“:

Sowohl die Beschlusslage des Rates als auch die Aussagen seitens der Vertreter des Eisenbahnbundesamtes sind eindeutig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten, dass nunmehr auch eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Aus unserer Sicht muss das endlose Hinhaltenmanöver und die begleitende Vernebelungstaktik der Herren Sierau und Langemeyer endlich ein Ende haben. Wir erwarten von der CDU, dass sie eine dem gemeinsamen Beschluss entsprechende Position bezieht und die Verwaltung aufgefordert wird, dem mehrheitlichen Willen des Rates Rechnung zu tragen. Mit anderen Worten: Die Bahn AG wird aufgefordert, die vorhandenen alternativen Planungen vorzulegen. Die Verwaltung wird aufgefordert, Gespräche mit der Bahn AG zu führen mit dem Ziel, alternative Planungen zu sichten um endlich eine andere Perspektive zu entwickeln.

Eine kleiner dimensionierte Planung hätte zudem den Vorteil einer schnelleren Realisierung. Denn aller Beschimpfungen und Behauptungen des Planungsdezernenten zum Trotz: Selbst wenn die Unterlagen bis Ende Februar vollständig eingereicht werden sollten: Bis Mitte des vierten Quartals dieses Jahres sollte das Planfeststellungsverfahren beendet sein. Nunmehr ist von März 2004 die Rede, was angesichts der Verzögerung von mindestens 5 Monaten ebenfalls illusorisch sein dürfte.

2. Flughafenentwicklung

Die Zustimmung der Bezirksregierung zum Antrag der Flughafen GmbH auf die Zulassung verspäteter Flüge bis 23 Uhr und Aufhebung der Tonnage-Begrenzung war zu erwarten. Auch in der Vergangenheit gab es keine Zugeständnisse an die lärmgeplagten AnwohnerInnen in Dortmund und Unna. Die Konsequenzen der von der Bezirksregierung getroffenen Entscheidung werden für die Betroffenen im näheren und weiteren Umfeld des Flughafens erheblich sein und die Wohnqualität in Dortmund bis weit in die südlichen Stadtteile weiter verschlechtern. Sobald die veränderte Betriebslaubnis greift, können sich die AnwohnerInnen nicht mehr darauf verlassen, dass wenigstens um 22.00 Uhr Nachtruhe gewährleistet ist. Sie müssen zukünftig damit rechnen, dass bis 23 Uhr eine nicht unerhebliche Zahl von Flugzeugen diesen Spielraum in Anspruch nehmen wird.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Maschinen mit einem höheren Abfluggewicht als 75 t wird keineswegs Flüsterjets auf den Plan rufen. Für die von Fluglärm betroffene Menschen gibt es keine lärmarmen Flugzeuge.

Vielmehr steigt das Risiko, das bei wieder zunehmenden Fluggastzahlen eine weitere Verlängerung der Start- und Landebahn ins Gespräch gebracht wird. Für grössere Maschinen ist es naturgemäss schwieriger, auf der dafür nicht ausgelegten Piste zu landen. Ein Ende des Flughafenausbaus ist nicht in Sicht. Ebensowenig wie die defizitäre wirtschaftliche Entwicklung.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Flughafengegner weiter unterstützen. Wir sind sicher, dass die Zahl der Gegner zunehmen wird, wenn die Auswirkungen der Münsteraner Entscheidung am eigenen Leib wahrgenommen werden.

3. Glasfisch

Die Fraktion hat sich in ihrer Gesamtheit nochmals mit den Planungen für die Bebauung des Hansaplatzes auseinandergesetzt. Wir begrüßen, dass unsere seinerzeit geäußerte Kritik an der Höhe des Gebäudes und an der Unterbrechung von Wegebeziehungen aufgenommen wurde und planerische Modifizierungen stattgefunden haben. Die Höhe des Gebäudes wird an einer Seite reduziert – die Nord-Süd und Ost-West-Achsen sind deutlicher akzentuiert und werden nicht mehr in gleichem Mass verstellt. Als pro-Argument gilt aus unserer Sicht auch, dass die Wettbewerbsentwürfe zur Gestaltung der Hansastrasse alle eine Bebauung vorsehen und die geplante Gastronomie sicher zur Belebung des Platzes an den marktfreien Tagen beitragen wird.

Unsere Fraktion wird dem Entwurf zustimmen, sofern sichergestellt ist, dass die Flächenansprüche der Markthändler auf dem Hansaplatz nach Einbeziehung der Hansastrasse befriedigt werden können. Dies scheint nach bisherigem Kenntnisstand der Fall zu sein. Es muss auch sichergestellt werden, dass die Markthändler während der Umbauphase auf dem Hansaplatz verbleiben können. Trotz der neuen Bürgerhalle hatten die Händler während der Weihnachtsmarkperiode auf dem Friedensplatz wiederum erhebliche Einnahmeverluste zu verkraften. Von daher werden wir in jedem Fall nochmals unseren Vorschlag in die Diskussion bringen, dass der Weihnachtsmarkt in Richtung Friedensplatz erweitert wird und auch die Riesentanne dort ihren Standort findet.

Wichtig ist aus unserer Sicht auch, dass während des Wochenmarktes genügend Raum für die Nord-Süd-Radwegeverbindung auf der Hansastrasse verbleibt und auch die Ost-West-Befahrbarkeit gewährleistet ist.

Im weiteren Verfahren werden wir darauf drängen, dass die geplante Gastronomie festgeschrieben wird, um die Belebung des Hansaplatzes auch langfristig abzusichern.